

**Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung**

5. Februar 2018
1 von 1

**Rechtsgutachten betr. Verpflichtung der Sicherstellung der Unterbringung illegal
Eingereister in der Stadt Kassel**

Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.573 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, durch Rechtsgutachten prüfen zu lassen, ob eine Verpflichtung der Stadt besteht, die Unterbringung der illegal Eingereisten vom Land zugewiesenen Personen sicherzustellen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: AfD

Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten,
Stadtverordnete Burmeister, Dr. Janusch und Nölke

Enthaltung: --

Abwesend: Stadtverordneter Ernst
den

Beschluss

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Rechtsgutachten betr. Verpflichtung der Sicherstellung der Unterbringung illegal Eingereister in der Stadt Kassel, 101.18.573, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin